



**Berlin, 30. Juni 2022  
Nr. 40/2022**

An die Medien in Berlin, Brandenburg und Sachsen

## **Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie: IG Metall BBS beschließt acht Prozent mehr Entgelt**

**Die Tarifkommission des IG Metall Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen hat heute einstimmig ihre Forderung für die kommende Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie beschlossen: Die Kolleg\*innen wollen mit acht Prozent Entgeltsteigerung und einer Laufzeit von zwölf Monaten in die im September startenden Tarifverhandlungen gehen. Dabei soll das Ergebnis eine soziale Komponente für die Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen beinhalten.**

Die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen setzt mit acht Prozent tabellenwirksamer Entgeltforderung ein deutliches Zeichen für eine kräftige Lohnerhöhung in der kommenden Tarifrunde. Die Kolleginnen und Kollegen in den Unternehmen wollen für ihre gute Arbeit angemessen bezahlt werden. Nur so können sie den rasant steigenden Lebenshaltungskosten begegnen. „Mit unserer Forderung beweisen wir trotzdem Augenmaß in schwierigen Zeiten, um den Tanker Deutschland auf Kurs zu halten. Das wissen auch die Arbeitgeber“, sagt Bezirksleiterin Birgit Dietze. „Daher wollen wir im Bezirk ein Ergebnis, das nah an unserer Forderung ist. Die soziale Komponente soll die Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen besonders entlasten.“

Eine so hohe Entgelterhöhung stellen Gewerkschaften nur selten. Das letzte Mal forderte die IG Metall 2008 acht Prozent und setzte in einer zweistufigen Erhöhung 4,2 Prozent mehr Entgelt und 510 Euro Einmalzahlung durch. „Das wird uns diesmal nicht reichen“, sagt Birgit Dietze.

Die Tarifkommission des Bezirks hat lange und intensiv beraten. Vorausgegangen waren etliche Diskussionen der IG Metall-Mitglieder in den Betrieben. Angesichts der aktuellen Preissteigerungen und der teilweise sehr guten Auftragslage in den Unternehmen hätte die Forderung rein rechnerisch höher ausfallen müssen. Doch Tarifpolitik kann gesellschaftliche Krisensituationen – Pandemien, Kriege, Finanzkrisen – nicht vollständig ausgleichen. „Hier muss die Politik für bessere Rahmenbedingungen sorgen, damit die Menschen im Land auch morgen noch Gas, Mobilität und Lebensmittel bezahlen können“, sagt Bezirksleiterin Birgit Dietze.



Spätestens am 12. Juli wird der IG Metall-Vorstand die Forderung beschließen. Tarifauftakt für den Bezirk ist am 10.9. in Leipzig. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern starten am 14.9..

Für Rückfragen: [Pressestelle-BBS@igmetall.de](mailto:Pressestelle-BBS@igmetall.de)